

Internationale Sicherheitskonferenz

In Anwesenheit des HDZ-Parteivorsitzenden Tomislav Karamarko, dem Parlamentarischen Staatssekretär (PStS) beim Bundesminister für Verteidigung, Dr. Ralf Brauksiepe, der Europaabgeordneten Fr. Monika Hohlmeier (MdEP) sowie weiterer hochrangiger Politiker und Militärs, veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gemeinsam mit der HDZ-Stiftung (ZHDZ) am Freitag den 18. September 2015 in Zagreb eine Internationale Sicherheitskonferenz zum Thema: „Sicherheitspolitische Herausforderungen 2015-2025“. Im Rahmen der Veranstaltung wurde sowohl über zukünftige sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region als auch über Reformansätze in der nationalen Sicherheitsarchitektur Kroatiens diskutiert.

Der Leiter der HDZ-Stiftung (ZHDZ), **Srećko Prusina**, begrüßte zu Beginn der Veranstaltung alle Teilnehmer und unterstrich in seinen einleitenden Worten, dass die heutige Flüchtlingskrise ganz Europa betreffen würde und es darum gehen müsse, den Menschen schon aus christlich demokratischer Nächstenliebe zu helfen. Allerdings stelle sich die Frage, wie man auf diese Flüchtlingskrise als ein Mitglied der Europäischen Union, der NATO und UN reagieren könne bzw. solle. Er schloss mit dem Hinweis, dass Kroatien wohl eine neue Strategie der Inneren Sicherheit brauchen werde um den Sicherheitsrisiken dieser Flüchtlingskrise erfolgreich zu begegnen.

In seiner Eröffnungsrede wies dann der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, darauf hin, dass die Flüchtlingskrise die Frage der Grenzsicherheit in ganz Europa neu auf die Tagesordnung der Politik gebracht habe. Die jüngsten Entwicklungen hätten das Schengen-Regime unter Druck gesetzt und bisher unbekannte Sicherheitsbedrohungen ent-

stehen lassen auf die die EU und ihre betroffenen Mitgliedstaaten unmittelbar reagieren müssen. Es gelte in diesem Zusammenhang sowohl den wachsenden Menschenhandel zu bekämpfen als auch zur Schaffung eines gemeinsamen Standards in der europäischen Asylpolitik beizutragen.

Der HDZ-Parteivorsitzende und Spitzenkandidat seiner Partei für das Amt des Ministerpräsidenten bei den für den 8. November anberaumten Parlamentswahlen in Kroatien, **Tomislav Karamarko**, betonte in seiner Rede die Notwendigkeit der Formulierung einer neuen nationalen Sicherheitsstrategie für Kroatien, die auf eine starke Integration aller Elemente der nationalen Sicherheit ausgerichtet werden müsse. Nur eine solch umfassende Strategie könne die Erhaltung der Souveränität und territorialen Integrität sowie die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit und Prosperität Kroatiens sicherstellen. Kroatien bedürfe Reformen in fast allen Sektoren, die Reform der Nationalen Sicherheit erscheine ihm aber als Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen unverzichtbar. Er verwies darauf, dass sich Kroatien als EU-Mitgliedsland heute mit Sicherheitsherausforderungen konfrontiert sehe, die ihren Ursprung außerhalb Europas hätten. Heute sehen sich die kroatischen Bürger sogar terroristischen Bedrohungen in Gestalt der ISIS und es erscheine ihm als ob Europa, angesichts dieser größten Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, in diesem Moment uneinig wie nie und ohne konkrete gemeinsame Lösungsvorschläge sei. Seiner Meinung nach begegne die kroatische Regierung den aktuellen Flüchtlingsproblemen ohne Konzept, ohne vorausschauende Handlungsalternativen und diplomatische Aktivitäten. Dies alles hätte Kroatien in eine sehr ernste Sicherheitslage gebracht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

September 2015

www.kas.de

Im Namen der kroatischen Präsidentin be-
mängelte ihr sicherheitspolitischer Berater,
Josip Buljević in seiner Rede das Fehlen
einer aktualisierten nationalen Sicherheits-
strategie Kroatiens. Er wies darauf hin, dass
eine solche -angesichts der neuen sicher-
heitspolitischen Herausforderungen- unver-
zichtbar sei und man jetzt dringend ent-
sprechende Entwürfe erarbeiten müsse. Die
aktuelle Sicherheitslage Kroatiens erfordere
eine Überarbeitung der strategischen
Grundlagen des Sicherheitskonzepts wie
auch der möglichen Instrumente, die man
zu einer schnellen Reaktion bezüglich der
neuen Sicherheitsbedrohungen benötige.
Hier gelte es aufgrund der Einführung von
gemeinsamen Leitlinien und erhöhten Kon-
trollen innerhalb der EU und insbesondere
innerhalb des Schengen-Raums, zu neuen
Regelungen zur Umverteilung der Flüchtlin-
ge, die nach Kroatien kämen, zu kommen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für natio-
nale Sicherheit und Verteidigung der HDZ,
General a.D. **Damir Krstičević** wies in sei-
nem Hauptreferat auf den Mangel an stra-
tegischen Dokumenten zu Fragen der natio-
nalen Sicherheit hin. Er betonte, dass Kroa-
tien sich in der Vergangenheit nur mit her-
kömmlichen Bedrohungen konfrontierte sah
und sich inzwischen auch mit neuen sicher-
heitspolitischen Herausforderungen wie Cy-
ber-Terrorismus und illegaler Einwanderung,
Menschenhandel und organisierter Schleu-
serkriminalität auseinandersetzen müsse. Er
stelle sich deshalb die Frage, ob Kroatien
aus den bisherigen Katastrophen, wie etwa
den Bränden auf Kornati, dem Hochwasser
in Gunja und der Entführung von Tomislav
Salopek durch die ISIS gelernt habe. Er sei
inzwischen fest davon überzeugt, dass eine
Transformation der aktuellen kroatischen
Sicherheitsstrategie in ein einheitliches Sys-
tem der „Nationalen Sicherheit“ im Sinne
eines „Homeland Security Konzepts“ not-
wendig sei. Gleichzeitig müsse das Konzept
offener gestaltet werden und auf ein ge-
meinsames Handeln von Staat und Gesell-
schaft abstellen. Es gelte in der Sicherheits-
politik immer schneller als diejenigen zu
sein, die eine neue Sicherheitsbedrohung
darstellen, weshalb jedes Sicherheitskon-
zept permanent angepasst werden müsse.

Anschließend eröffnete der kroatische Euro-
paabgeordnete **Andrej Plenković** (MdEP)
die erste Paneldiskussion mit dem Verweis
auf die einleitenden Worte des ersten stra-
tegischen Dokuments der EU zur Sicher-
heitspolitik aus dem Jahr 2003, indem von
einem sicheren Europa in einer besseren
Welt gesprochen wird. Zwar sei Europa bis
vor kurzem so wohlhabend, sicher und frei-
zügig wie nie zuvor gewesen, angesichts der
aktuellen Krise könne davon allerdings nicht
mehr die Rede sein. darauf die europäi-
schen Institutionen dies nicht mehr behaup-
ten könnten. In den vergangenen 25 Jahren
habe sich aber die Welt durch die Prozesse
der Globalisierung, Vernetzung, Mobilität
und Migration grundlegend verändert und
es ist zu einer Zuwanderung von Bevölke-
rung aus dem Nahen Osten, Nordafrika und
Zentralasien nach Europa gekommen, die
eine langfristige Herausforderung für die
Europäische Union darstelle. Deshalb müsse
eine neue Europäische Agenda für die Si-
cherheit erarbeitet werden, die mögliche
Bedrohungen für die innere Sicherheit er-
kennen und Instrumente zu deren Abwehr
benennen müsse.

In Brüssel seien jüngst als die drei bedeu-
tendsten Gefahrenherde in der unmittelba-
ren Nachbarschaft Europas: Russland, Radi-
kalismus und die Flüchtlingswelle, benannt
worden. Diese machen eine Revision der
europäischen Nachbarschaftspolitik notwen-
dig, wobei die „hybride Aggression“ Russ-
lands gegenüber der Ukraine aus seiner
Sicht Priorität haben müsse. Auf seinem
Kongress in Madrid werde die EVP deshalb
ein Dokument zur gemeinsamen europäi-
schen Verteidigung verabschieden, indem
von den EU-Mittgliedstaaten verlangt werde
jetzt endlich das 2 %-Ziel bei den Verteidi-
gungsausgaben zu realisieren. „Pooling und
Sharing“ von Fähigkeiten und ihr wirksamer
Einsatz sei der einzige Weg, sich als globa-
ler Akteur zu beweisen und im Umgang mit
den neuen sicherheitspolitischen Herausfor-
derungen, zusammen mit den strategischen
Partnern der USA und den anderen NATO-
Mitglieder an der Bewältigung internationa-
ler Krisen wirksam beteiligen zu können. Es
bleibe die Aufgabe des EU Parlaments die
Rahmenbedingungen einer neuen Außen-
und Sicherheitspolitik der EU zu beschrei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

September 2015

www.kas.de

ben, in der das gemeinsame Handeln der EU Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie in den Bereichen Handel, Justiz und Entwicklung festgeschrieben wird. Eine solche neue Strategie solle alle Instrumente zusammenfassen und die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise im Wege einer besseren, solidarischen Verteilung erhöhen. Am Ende seiner Rede betonte er, dass die kroatische nationale Sicherheitsstrategie sich komplementär zu der europäischen Sicherheitsstrategie verhalte müsse und unterstrich, da sich Kroatien als 28. EU-Mitgliedsland in den kommenden Jahrzehnten in die gesamten außenpolitischen Aktivitäten der EU einzubringen habe.

Der parlamentarische Staatssekretär (StS) beim Bundesminister der Verteidigung **Dr. Ralf Brauksiepe** (MdB) verwies dann in seiner Rede auf die neuen sicherheitspolitische Herausforderungen aus der deutschen Perspektive und auf deren Auswirkungen auf die deutsche Sicherheitspolitik und den eigenen Bestrebungen solche Konflikte zu lösen. Er verwies auf die Antworten der NATO auf die neuartige „hybride“ Kriegsführung und betonte, dass Kroatien und Deutschland innerhalb der EU und der NATO dieselben Werte teilen würden, da die NATO schließlich nicht nur eine militärische Organisation, sondern auch eine Wertegemeinschaft sei. Es seine diese gemeinsamen Werte, die die EU und die NATO heute so stark machen. Die Flüchtlingskrise, so wie wir sie heute erleben, stelle für die EU allerdings eine große Herausforderung dar, da es gerade die Idee von Freiheit und Demokratie in Europa sei, welche die Flüchtlinge mobilisiere und sie zur Flucht nach Europa bewege. Dies dürfe aber nicht zu dem Glauben verführen, dass alle Probleme der Welt in Europa gelöst werden könnten.

Anschließend sprach der ehemalige stellvertretende Staatssekretär für Europa- und NATO-Politik im Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten **Ian Breszinski**, über die wichtigsten Schlussfolgerungen des kürzlich erschienenen Atlantic Councils/Central Europe Energie Partner Reports. In diesem wurde die Wichtigkeit des Nord-Süd Korridors für die Energiesicherheit Europas her-

vorgehoben und darauf verwiesen, dass nun der rechte Zeitpunkt sei, um mit der letzten Phase des Aufbaus dieses Korridors zu beginnen. Der Bedarf für einen solchen Korridor sei nun vorhanden und es gebe ausreichend Ressourcen um ihn ins Werk zu setzen. Allerdings fehle es einigen Akteuren an Entschlossenheit mit der Realisierung dieses Konzepts zu beginnen.

Die Europaabgeordnete **Monika Hohlmeier** MdEP befasste sich in ihrem Beitrag dann mit der aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und kommentierte die aktuelle Situation innerhalb des Schengenraumes. Sie wies auf die neuartigen Herausforderungen hin, denen sich die Mitgliedstaaten jetzt ausgesetzt sehen und gab einen Überblick über die bestehenden und noch geplanten europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Dr. Carolyn Haggis, vom europäischen George C. Marshall Zentrum für Sicherheitsstudien wies in ihrer Präsentation auf die zahlreichen Instabilitäten Afrikas und deren mögliche Bedeutung für die Sicherheit Europas in den nächsten Jahrzehnten hin. Sie beschrieb die Auswirkung auf die Sicherheit der Südflanke Europas und mahnte weit-sichtiges, präventives Handeln an, damit man diesen neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Rahmen möglicher Massenmigration auch in Zukunft Herr werden könne.

Anschließend wies der ebenfalls vom George C. Marshall Center kommende **Dr. Matthew Rhodes**, in seiner Präsentation auf die wachsende Konkurrenz zwischen staatlichen und nicht-staatlichen sicherheitspolitischen Akteuren hin und gab einen Überblick über Entwicklungen, wie sie sich seiner Meinung nach in den nächsten Jahren entwickeln könnten.

Der Direktor des Zentrums für internationale Studien in Zagreb **Mladen Nakić**, eröffnete dann eine weitere Podiumsdiskussion zum Thema: „Herausforderungen der Nationalen Sicherheit 2015 -2025 – die Kroatische Antwort“, in dem er zuerst die Themen und Referenten dieser Sitzung vorstellte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

September 2015

www.kas.de

Der Dekan der Hochschule VERN, **Dr. Vlatko Cvrtila**, verwies in seinem Beitrag auf die Notwendigkeit zur Entwicklung eines integrierten Sicherheitskonzeptes, das auf allen Ebenen auf konkreten Vereinbarungen beruhe. Junge Mitgliedsstaaten solcher Sicherheitssysteme müssten in die Interaktion aller Sicherheitspartner einbezogen werden.

General a.D. Dr. **Krešimir Ćosić**, sprach sich dann als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der kroatischen Präsidentin für eine multidisziplinäre Herangehensweise bei der Entwicklung und Umsetzung einer neuen nationalen Sicherheitsstrategie aus. Für ihn seien soziale Harmonie, Solidarität und gesellschaftliche Einheit auch sicherheitspolitisch Grundvoraussetzung für den Erfolg eines modernen Systems der nationalen Sicherheit. Oft würden Jahrzehnte für den Aufbau eines solchen Systems gebraucht, das ohne eine professionelle Ausarbeitung von analytischen Entscheidungsmustern bei den Entscheidungsträgern in der Regierung nicht auskommen könne.

Dr. Simona Kuti von dem Institut für Migration und Ethnische Studien in Zagreb bezifferte dann die Anzahl der sich derzeit in Kroatien aufhaltenden Personen (35.362) mit einer Daueraufenthaltsgenehmigung und fügte hinzu, dass davon 40% Drittstaatenangehörige seien. Im weiteren befasste sie sich mit den Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge aus Mazedonien und Griechenland. Die aktuelle Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten und Nordafrika stelle nicht nur für Kroatien sondern für ganz Europa eine große Herausforderung dar. Ihrer Ansicht nach werde den Sicherheitsaspekten in der Migrationspolitik, im Vergleich zu Fragen der besseren Integration und Entwicklung eine zu große Bedeutung beigemessen. Allerdings sehe auch sie die nationale Sicherheit durch die Transnationalisierung der Flüchtlingskrise bedroht.

In seinem anschaulichen Vortrag kritisierte der Präsident des Ausschusses für Innere Angelegenheiten und nationale Sicherheit im Kroatischen Parlament **Dr. Miroslav Tuđman**, die Arbeit des Nationalen Sicherheitsrats. Er verwies auf die Tatsache, dass der Nationalrat einen Schwerpunkt auf die

Überwachung der kroatischen Nachrichtendiensten statt auf Fragen der nationalen Sicherheit lege. Zudem erscheine ihm die parlamentarische Kontrolle des Systems der nationalen Sicherheit unzureichend, wobei er Leitlinien und Arbeitspläne für die Mitglieder der Geheimdienste vermisse. Die parlamentarische Aufsicht würde sich seiner Meinung nach auch nicht genügend um die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen kümmern. Zudem würden die eigentlichen Nutzer des Berichtssystems der Geheimdienst nicht in der Lage, die daraus resultierenden Aufgaben korrekt zu definieren. Seiner Meinung nach wäre es wichtig darauf zu verweisen, dass Kroatien -im Gegensatz zum europäischen und internationalen Standard- über kein Zentrum für die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität verfüge. Ebenfalls verwies er auf die Notwendigkeit der Schaffung von Bildungseinrichtungen für Fragen der Nationalen Sicherheit und zeigte sich fest davon überzeugt, dass Kroatien an einer neuen Strategie der nationalen Sicherheit (weiter) arbeiten müsse.

In seinem abschließenden Vortrag unterstrich General a.D. **Damir Krstičević** die Bedeutung eines Sicherheitskonzeptes in dem Informationen geteilt und nicht versteckt würden. Alle Konferenzteilnehmer seien sich einig, dass, dass man heute anders agieren müsse, wenn man auf die neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik angemessen antworten wolle und dabei schneller und besser vorbereitet den neuen Bedrohungen begegnen möchte.

Er erinnerte daran, dass eine detaillierte Analyse der neuen globalen Herausforderungen im Bereich der Sicherheitspolitik eine notwendige Voraussetzung für ein wirksames Handeln auf nationaler Ebene sei und endet mit dem Motto: „Lasst uns das Undenkbare denken und das Unmögliche schaffen!“